

Erzähler vom Westerwald

Mittwoch-Beilage: Hachenburger Tageblatt. Samstag-Beilage: Illustriertes Sonntagsblatt.
Verleger für Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau. Täglich Nachrichten für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebietes.
Druck und Verlag: Th. Kirchhölzel, Hachenburg.

Nr. 100. Erscheint an allen Werktagen. Hachenburg, Freitag, 30. April 1909
Bezugspreis durch die Post: vierteljährlich 1,50 M., monatlich 50 Pfg. ohne Bestellgeld. Anzeigenpreis (im voraus zahlbar): die sechsgepaltenen Zeilen oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 30 Pfg. 2. Jahrg.

Die Wertzuwachssteuer vor der Finanzkommission.

Die Verhandlungen der Finanzkommission, denen man gewöhnlich mit größter Spannung entgegenfieht, drehten sich auch am Donnerstag wieder um die Frage der Einführung einer Reichswertzuwachssteuer. Dazu haben die Nationalliberalen einen Antrag auf Erweiterung des Erbschaftsteuergesetzes wie auch einer auf Besteuerung des Wertzuwachses von Immobilien im Reich eingebracht. Der Beginn der Sitzung gab Freiherr v. Camp (Rp.) folgende Erklärung ab: Meine Partei hat bereits am 1. April zu diesem Antrage Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt: „Die deutsche Reichspartei lehnt eine Wertzuwachssteuer nicht prinzipiell ab, sondern nur, nachdem sie sich über in ihrer großen Majorität mit der Erbschaftsteuer für Deizendenden und kinderlose Erbschaften abgefunden hat, vermag sie hieron nicht wieder abzugehen, da sie in der Wertzuwachssteuer einen vollwertigen Ersatz nicht erblicken kann.“

Dann nahm Schatzsekretär Endow das Wort, um zu erklären, daß in erster Linie die Gemeinden bei der Besteuerung von Immobilien in Frage kommen, nämlich in zweiter Linie auch das Reich. Eine einheitliche Regelung biete außerordentliche Schwierigkeiten. Soll man dem Gesetz rückwirkende Kraft geben? und wenn ja, wie weit? Sollen Aufwendungen bei den Grundstücken angesetzt werden? Und wie weit sollen sie angesetzt werden? Wie groß soll der Anteil der Gemeinden sein? Die Veranlagung muß ja zweifelsohne durch die Gemeinden geschehen. Jedenfalls sei er bereit, den Versuch zu machen, Wertzuwachs auf Immobilien heranzuziehen. Der die Regierung habe erhebliche Bedenken; als Ersatz für die Erbschaftsteuer sei die Steuer auf Immobilien nicht denkbar.

Reichskanzlerpräsident Hohenstein nahm dann das Wort: Mein Urteil geht dahin, daß die Reichswertzuwachssteuer auf Erbschaften eine für den Verkehr untragbare Last, eine unüberwindliche Maßnahme, eine Schädigung allen Kredit bedeuten würde. Der Grund für die vorgeschlagene Steuer ist der „müßelose Gewinn durch die Tätigkeit der Gemeinde und des Staates“. Dieser Grund fehlt bei den Erbschaften durchaus. Hier ist es die geschickte kaufmännische Leitung und Ausnutzung der Konjunktur, die den Wertzuwachs schafft. Aber Millionen von Bäumen einen Schlußstein auszuweisen, genügt nicht; jedes Stück muß kontrolliert werden. Bei den neuen 800 Millionen-Anleihen ist bemerkt worden, daß zehn Angestellte fünf Wochen zu arbeiten haben würden, bevor die Stücke dem Verkehr übergeben werden könnten. Außerdem würden die Stücke in umfangreich sein, daß Stadtviertel angekauft werden müßten, um sie aufzubewahren.

Schatzsekretär Endow nahm hierauf nochmals das Wort zu folgendem Rejume: Er sei bereit, in die Erweiterung der Wertzuwachssteuer einzutreten. Der Antrag der Wertzuwachssteuer auf Immobilien würde so gering sein, daß sie als Ersatz nicht anzusehen sei. Was ergeben sich daraus für Konsequenzen? Einzig ist die Regierung mit der Kommission, daß 100 Millionen Steuern auf den Besitz zu legen sind. Die Erbschaftsteuer ergibt nicht den vollen Betrag. Die Lücke ist vielleicht durch eine Steuer auf den Wertzuwachs für Immobilien auszufüllen.

Die Meinung der Verbündeten Regierungen ist folgende: die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten ist ein wesentlicher Bestandteil der Finanzreform, ohne den diese weder zustande kommen wird noch kann.

Abg. Fürst Daffeldt, der Vertreter der Reichspartei, erklärte: Nach den Erklärungen der Regierung sei die Wertzuwachssteuer auf Immobilien gefallen. Wollte man sie nur für Immobilien allein einführen, so würde man eine doppelte Steuer auf den Grundbesitz, aber nur eine auf das mobile Kapital legen. Da müßte man bei der Einführung dieser Steuer um so mehr daran festhalten, daß bei der Erbschaftsteuer auf die eigentlichen Verhältnisse des Grundbesitzes Rücksicht genommen werde. Abg. Weber erklärte, daß die Nationalliberalen für die Wertzuwachssteuer auf Immobilien seien, aber nicht als Ersatz für die Erbschaftsteuer. Vielleicht sei ein gangbarer Weg eine gezielte Verbindung von Umsatzsteuer und Wertzuwachssteuer, wie sie in Breslau eingeführt sei.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bei keiner der Verbündeten Regierungen hat die von internationaler Seite vorgeschlagene Reichswertzuwachssteuer bis jetzt Gegenliebe gefunden. Nun hat auch die Reichsregierung ihrer ablehnenden Haltung unzweifelhaft Ausdruck gegeben. Im Steueraussschuß der Kammer erklärte sich der Finanzminister dahin, daß ihm eine Reichswertzuwachssteuer unannehmbar erscheine. Eine Veranlagung des Erbschaftes an Deizendenden und Ehegatten lehnte er als die gangbarste Form einer Besteuerung des Besitzes. Auf einem anderen Wege werde man nicht zu einer befriedigenden Lösung kommen.

Die Reichsversicherungsordnung wird dem Reichstag im nächsten Falle kurz vor der Vertagung noch vorgelegt, jedenfalls dürfte der Bundesrat die Vorlage aber

erst im Herbst dem Reichstage zugehen lassen, da einerseits die Interessenten erst im Mai zur Vorlage Stellung nehmen und es aussichtslos ist, daß die erste Lesung der Vorlage im Reichstage noch vor der Vertagung absolviert werden kann. Vor Pfingsten dürfte die endgültige Verabschiedung des Entwurfs im Bundesrat kaum stattfinden. Der Gedanke, den Entwurf im Sommer von einer permanenten Kommission im Reichstage beraten zu lassen, ist niemals auf fruchtbaren Boden gefallen. In Reichstagskreisen ist man dafür, den Reichstag bereits im Oktober zusammentreten zu lassen, um zu versuchen, die Reichsversicherungsordnung bis Weihnachten fertigzustellen. Ob sich dieser Gedanke durchführen läßt, wird als sehr zweifelhaft betrachtet. Am 1. Januar 1910 dürfte die Reichsversicherungsordnung nicht in Kraft treten können.

In seiner letzten Sitzung nahm der Bundesrat einen Gesetzentwurf über das Münzwesen an, der alsbald dem Reichstag zugehen soll. Mit diesem Entwurf entspricht der Bundesrat einer im vorigen Jahre angenommenen Resolution des Reichstags auf eine Neufassung der bisherigen bestehenden Münzgesetze.

Die Budgetkommission des Reichstages hat den Beschluß gefaßt, dem Gesetz über den Wohnungszuschuß für die Reichsbeamten in der Art rückwirkende Kraft zu geben, daß die Zahlung des Zuschusses vom 1. April 1907 an gerechnet werden soll. Die Regierungsvorlage hatte den Beginn der Zuschußzahlung auf den 1. April 1908 festgesetzt.

Auch der Arbeitsmarkt im März zeigte genau wie im Februar kein einheitliches Bild. Die Störungen, die der ungewöhnlich lange Winter für eine Reihe von Gewerben und für den Schiffsverkehrsverkehr im Gefolge hatten, wichen erst gegen das Ende des Berichtsmontats. Dafür trat eine Reihe von weiteren Umständen in die Erscheinung, welche eine Ausnutzung der durch die wärmere Bitterung geschaffenen günstigeren Verhältnisse hintanhielten. So war die Lage auf dem Rohstoffmarkt eine unverändert schlechte, wesentlich mit aus dem Grunde, weil die für den 1. April vom rheinisch-westfälischen Kohlenbund angetragene Preisherabsetzung die Ankäufe vor diesem Termine zurückhielt. Überwiegend ungünstig war die Geschäftslage andauernd in der Metall- und Maschinenindustrie. Nur in denjenigen Zweigen, die zum Bau- und Gewerbe in Beziehungen stehen, war eine Belebung bemerkbar. Das Baugewerbe selbst konnte in der zweiten Hälfte des Monats eine etwas regere Tätigkeit entfalten, wenn auch ein entscheidender Aufschwung noch nicht eingetreten ist. Günstig war die Lage in einzelnen Zweigen der Verarbeitungsindustrie, während für andere, wie z. B. der Gummiindustrie, der Höhepunkt der Beschäftigung bereits überschritten war.

In Preußen bestehen an Reformanstalten 21 Gymnasien und 21 Progymnasien, 66 Realgymnasien und 15 Realprogymnasien. Von diesen sind 18 königlichen Patronats und 8 städtische. Unter den 18 staatlichen sind 8 Gymnasien, 7 Realgymnasien und 3 Realprogymnasien. Von den Anstalten haben 7 das Altonaer System, die übrigen das Frankfurter. Voraussichtlich wird sich die Zahl der Altonaer um 1 verringern, weil in Altona schon Vorbereitungen getroffen sind, welche auf Übergang zum Frankfurter System hinweisen. Bei einem Drittel sämtlicher Anstalten ist das System schon zu Ende geführt, so daß Reifeprüfungen abgelegt worden sind. Bis jetzt haben 2719 Schüler an den Reformschulen das Abiturientenexamen bestanden, davon 527 die Gymnasialreifeprüfung.

In dem Vortrage des französischen Senators d'Estournelles im preussischen Herrenhause über eine deutsch-französische Annäherung wies der Redner mit überzeugenden Gründen die Schädlichkeiten des bisherigen gespannten Verhältnisses nach, die Unmöglichkeit des Gedankens, daß ein Krieg eine irgendwie befriedigende Lösung des Problems bringen könnte, daß nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern der ganzen Welt untragliche Opfer zum größten Nachteil der Zivilisation auferlegte. Worauf es ankäme, wäre das ernste Suchen aller wohlgesinnten Männer nach einer dauernden, verständigen Ausöhnung. Ein Resultat ließe sich zwar nur schwierig und mit Aufwendung von Zeit und Mühe erreichen, aber unerreichbar wäre es nicht, im Gegenteil sprächen zahlreiche Anzeichen dafür, daß wir ihm mercklich näherkämen.

Die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Erhebung der Schiffsabgaben im Bundesrat wird dort geraumere Zeit, als früher angenommen, erfordern. Der Entwurf wird daher dem Reichstag erst im Herbst zugehen. Preußen hätte allerdings gern gesehen, daß der Entwurf sobald als möglich Gesetz werde, um endlich die Mainkanalisierung in Angriff nehmen zu können.

Persien.

Die Ereignisse in Konstantinopel haben die Lage in Tabris erheblich verschlimmert. Die Mitglieder des Endscham haben den Vorschlag des Schahs, ein auf dem Scheria basierendes Konstitution einzuführen, so energisch abgelehnt. Die Revolutionäre ihrerseits sprechen von einer Fortsetzung des Kampfes. Zu diesem Zweck ergäßen sie ihre Kornvorräte aus dem auf Befehl des Schahs herangeschafften Proviant. Die Zufuhr ist übrigens gering, die

Masse der Bevölkerung hungert noch immer und der Hungertypus wütet. Die Europäer fühlen sich durch die betriebene Agitation und die herrschende Anarchie in hohem Grade beunruhigt.

Aus In- und Ausland.

London, 29. April. Das englische Budget weist ein Defizit von ungefähr 15,75 Millionen Pfund auf.

Washington, 29. April. Vom nordamerikanischen Marine-departement wurde der völlige Umbau aller sechzehn Linienfahrtschiffe angeordnet, welche die Reise um die Welt mitgemacht hatten.

Dof- und Personalsnachrichten.

Am 17. Juli wird der Deutsche Kronprinz in Moskau eintreffen, um dort an den Jagden in den Kiewer Kaiser Franz Joseph von Österreich im Salsammergut teilzunehmen.

Der Kaiser hat dem Generalleutnant a. D. Otto Carl Leo Blanquet in Cassel den erblichen Adel verliehen.

Wie in Petersburg bekannt wird, soll unter Vermittlung des Baron Nikolais die montenegrinische Prinzessin Zenka von Montenegro den Prinzen Napoleon Ludwig Bonaparte, der als General bei der russischen Garde dient, in kurzer Zeit heiraten.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, ist das Befinden des Königs der Belgier wenig zufriedenstellend. König Leopold leidet an starken rheumatischen Schmerzen.

In Vaja, am Golf von Neapel, trafen der König und die Königin von England mit dem italienischen Königspaar zusammen. In Begleitung des Königs von Italien befand sich der italienische Minister der Äußern Tittoni.

Königin Wilhelmine von Holland ist von einem Prinzen glücklich entbunden worden. Im ganzen Lande herrscht unbeschreiblicher Jubel.

Deutscher Reichstag.

(251. Sitzung.) 29. April.

Die heutige Sitzung wurde eröffnet mit der Beratung einer sozialdemokratischen Interpellation, die sich auf die von Arbeitgebern für die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter errichteten Pensions-, Witwen- und Waisenkassen bezog. Die Interpellation betonte, daß sich für die aus solchen Betrieben scheidenden Arbeiter schwere Mißstände und Schädigungen ergeben hätten, und richtete an den Reichskanzler die Frage, ob er geneigt sei, die Rechtsverhältnisse derartiger Kassen reichsgeleichtlich zu regeln, und zwar in der Weise, daß der aus einem Betriebe scheidende Arbeiter entweder berechtigt sei, sich freiwillig bei der betreffenden Kasse weiter zu versichern, oder das Recht habe, die Herauszahlung der von ihm geleisteten Beiträge zu verlangen.

Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern von Bethmann-Hollweg erklärte sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit. Abg. Severing (Soz.) begründete hierauf die Interpellation, wobei er darauf hinwies, daß die Arbeitgeber mit der Errichtung solcher Kassen den Zweck verfolgten, die Arbeiter an ihre Betriebe zu fesseln. Der Redner schilderte dann ausführlich, wie die Arbeiter durch diese Kassen geknebelt und in ihren Entschickungen beeinträchtigt würden. Staatssekretär des Innern von Bethmann-Hollweg erwiderte, er wundere sich, weshalb gerade jetzt die Interpellation eingebracht sei. Er habe sich nicht nur mit der preussischen Aufsichtsbehörde für das Privatversicherungswesen, sondern auch mit den übrigen Bundesstaaten in Verbindung gesetzt und es werde darüber verhandelt. Er könne aber schon jetzt sagen, daß es nicht angehe, in dieses Privatversicherungswesen von Reichs wegen gesetzgeberisch einzugreifen. Man müsse diese Kassen ihrer natürlichen Entwicklung überlassen. Dies werde aber Voraussetzung nach zur Beseitigung etwaiger Mißstände auf diesem Gebiet führen. Im übrigen könne er nur betonen, daß die Behörden das Verhalten dieser Kassen nicht nur beobachten, sondern daß sie auch dort eingreifen, wo es not tut. Über darüber hinaus könnten die Behörden nichts tun. Abg. Pfann (natl.) erklärte, daß auch seine Partei für eine gezielte Regelung dieser Kassenverhältnisse sei. Abgeordneter Gisherts (Str.) setzte auseinander, daß die christlichen Arbeiter die Beibehaltung dieser Kassen, aber Beseitigung der Mißstände wünschten. Abg. Cuno (fr. V.) sprach sich ebenfalls für eine reichsgeleichtige Regelung der in Rede stehenden Verhältnisse aus. Nach einigen weiteren Ausführungen schloß die Sitzung.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

(8. Sitzung.) 29. April.

Die Debatte über das Lehrerbefolgungsgesetz wurde heute bei den einzelnen Paragrafen fortgesetzt. Nachdem die §§ 1-7 ohne wesentliche Debatte angenommen worden waren, kam es bei § 8, der die Alterszulagen regelt, zu einer Fortsetzung der geistigen Erörterung über die Kommissionsbeschlüsse. Graf Hohenhausen-Döllau begründete seinen Antrag, den Lande Lehrern nach 10jährigem Verbleiben in der landlichen Schulfelle wenigstens die Zulage von 100 Mark zu gewähren, die das Abgeordnetenhaus beschlossen hat, und dafür 1 1/2 Millionen von den Regierungsausschüssen für die großen Städte abzugeben. Graf Dietrich-Schwerin, sowie der Finanzminister und Ministerialdirektor Schwarckhoff baten aber nochmals, dem weitergehenden Antrage Janner zuzustimmen, der auch die Alterszulagen in der Fassung des anderen Hauses gewähren will; und auch die Professoren Reinde und Voening sprachen trotz ihrer eigenen abweichenden Anträge ihre Sympathien dafür aus, während Stadtdirektor Tramm nochmals die Kommissionsbeschlüsse empfahl.

Darauf wurde die Debatte geschlossen, und ohne bemerkenswerte Veränderungen erledigte man zuerst die Bestimmungen, bei denen die Kommission keine wesentlichen Änderungen vorgenommen hat. Bei § 22 wurde ein Antrag Schütters unter Zustimmung vom Reichsratsrat angenommen, der den Gemeinden das Recht gibt, bei den Ortszulagen den Familienstand der Lehrer zu berücksichtigen. Bei den Bestimmungen über die Verteilung der Schulunterhaltungspflicht kam es zum drittenmal zu längeren Erörterungen, bei denen auch Hr. v. Rheinbach nochmals im Sinne der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses das Wort ergriff. Trotzdem wurde schließlich die Vorlage im wesentlichen in der Kommissionsfassung angenommen.

Abgeordnetenhaus.

(74. Sitzung.) Rs. Berlin, 29. April.
Die weitere Kultusdebatte brachte nur noch einige interessante Einzelheiten. Beim Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ wurden nach kurzer Debatte dem Kommissionsantrag entsprechend 15 000 Mark abgesetzt. Bei der Beratung über die technischen Hochschulen äußerte sich Geheimrat Raumann über die Subventionen an diesen Hochschulen und machte darauf aufmerksam, daß in Charlottenburg bereits ein Lehrstuhl für Gewerbegelehrte errichtet worden ist; auf die Verwendung von Ingenieuren in der Verwaltung habe das Kultusministerium keinen Einfluß. Den Wünschen der Dresdener Vertreter nach einem baldigen Ausbau der dortigen Hochschule zur Vollschrift trat der Ministerialdirektor wegen der großen Kosten entgegen. Ein Regierungskommissar teilte auf eine Anfrage des Abg. Lüdke (fr.) beim Kapitel „Medizinwesen“ mit, daß die jüngst angeordneten Erhebungen gezeigt hätten, daß die Zahl der Krüppel in Preußen erheblich größer sei, als man bisher annahm; die Bevölkerung müsse mehr darüber aufgeklärt werden, daß Verkrüppelungen in den meisten Fällen bei rechtzeitigem Eingreifen heilbar oder doch sehr besserungsfähig seien. In der weiteren Beratung des Medizinwesens erklärte noch Medizinaldirektor Förster unter Hinweis auf einen kürzlich ergangenen Ministerialerlaß, daß der Titel „Spezialarzt“ nur von solchen Ärzten geführt werden dürfe, die wirklich eine spezialisierte Ausbildung genossen haben.

Unter dem neuen Regime.

Mit der Überführung des Exultans Abdul Hamid nach der Allatinschen Villa bei Saloniki ist der letzte Akt des großen Dramas am Goldenen Horn beendet. Mit dem 27. April hat eine neue Epoche für das türkische Reich begonnen. Die alte Zeit mit ihren finsternen Erinnerungen ist überbrückend dahin.

Abdul Hamid in Saloniki.

Nach 21 Stunden Fahrt ist der gestürzte Sultan in Saloniki eingetroffen. Der Separatzug hielt vor der Station. Begleitet war der ehemalige Badiſchah von elf Frauen. Der Einzug machte einen einfachen, bescheidenen Eindruck. Abdul Hamid fuhr in geschlossenem Landauer, von ein paar Wächtern begleitet, unter denen sich Ender-Bei befinden soll. Der Ex-Sultan bezieht die Allatinsche Villa, die bisher vom italienischen Grafen Robillan bewohnt wurde. Die Villa liegt im großen Garten am Meere außerhalb der Stadt. Zwei Offiziere mit einer Kompanie Infanterie, im ganzen 120 Mann, halten die Villa zerniert. Der Wagen, von berittenen Gendarmen eskortiert, fuhr auf einem Umwege durch die Konakstraße vorbei an den Elektrizitätswerken nach Campagne.

Ein verabscheuungswürdiger Anschlag Abdul Hamids ist offenbar erst in letzter Stunde vereitelt worden. Danach soll für den verflochtenen Sonnabend, den Tag des Einrückens der Verfassungstruppen, auf Anstiften des Sultans ein großes Gemetzel in Konstantinopel geplant worden sein. Die Kurden sollten mit den Hobschas und den Garnisonssoldaten über die Armenier und sonstigen Christen herfallen. Solche Gerüchte waren allerdings schon früher im Umlauf, aber ohne bestimmte Hinweise, die jetzt vorhanden sind. Als leitender Gedanke wird angenommen, daß der Sultan dadurch die Einnischung der Mächte behufs Erhaltung des Thrones für seine Person bezweckte.

Liebe verzeiht.

Familien-Roman von Ida Hoyer.

38. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Er hat doch den Mond nicht abgewartet“, murmelte der Baron raslos. „Er sieht ja auch im Finstern wie am Tage, und liegen kann hier niemand mehr.“

„Das Lammewaldchen, Onkel Rudolf“, brachte Angelika mühsam hervor, denn ihre Zähne schlugen wie im Fieberfrost aufeinander. „Und der andere Kirchhof drüben.“ „Leicht hat er — auch dort Abschied nehmen wollen.“

Doch der Oheim schüttelte den Kopf. „Denkst du, er wird nutzlos noch seinen Schmerz verschärft haben? Das ist nicht Männerart, Kind. Du noch ein Abschiedslied zu bringen, hat er nicht widerstehen können, und dann ist er geradewegs gegangen.“

„Bobin, Onkel, wohin?“ schrie sie verzweiflungsvooll auf. „Er kann nicht für immer gegangen sein?“

„Ich fürchte es, armes Kind. Aber die Welt ist klein in unserer zivilisierten Zeit. Daß ihn immer einen Vorsprung nehmen, den Flüchtling, wir werden schon Mittel und Wege finden, ihn wieder zu erlangen.“ Seine Stimme klang bedrückt bei diesem Trost, der wohl mehr seiner Nichte, als ihm selbst gegolten. Denn er kannte seinen Sohn und das Herz ward ihm zum Brechen schwer.

Da kam der Mond. In seinem ruhigen Silberglanz schwebte er über den dunklen Park heraus, zauberte moosige Schönheit auf die nachtothverhüllte Landschaft und gab einen Strahl seines beruhigenden Lichtes auch in die bangen Herzen der beiden Suchenden hier unten. Noch einmal gewann die Hoffnung die Oberhand.

„Vielleicht ist er den Fluß entlang nach der Stadt gegangen, es ist hier der nächste Weg“, hob der Baron an. „Einholen können wir ihn ja nicht mehr, indessen.“

Schon war Angelika die steile Böschung, zu welcher der unterwätschene Damm hier erhöht worden war, hinabgesteigert und etwas mühsam, auf seinen Stod gestiegen, folgte der Oheim nach. Ein Fußweg führte hier am jenseitigen Ufer entlang und ein schmaler Bretterweg über das Wasser, da hieß es die alte Brücke mit weggerissen hatte. Zeit und Arbeitskräfte hatten bisher gemangelt, um einen besseren Ersatz zu schaffen, es hatte auch nie-

Kriegsgerichtliche Aburteilung des Exultans?

Infolge der in militärischen Kreisen bestehenden Ansicht, den entthronten Sultan vor ein Kriegsgericht zu stellen und die Todesstrafe über ihn zu verhängen, ist man in diplomatischen Kreisen bemüht, die Nachhabe in Konstantinopel zur Milde sowohl gegen den Sultan als auch gegenüber dessen früherer Umgebung zu stimmen, da sonst eine Erregung des Volkes herbeigeführt werden wird.

Reformen Mohammeds V.

Der nunmehrige Thronfolger Jusuff Izzedin bleibt auffallend im Hintergrund. In türkischen Kreisen erwartet man bestimmt eine Thronfolgeänderung nach europäischer Ordnung. Mohammeds ältester Sohn Zia-Eddin würde dann Thronfolger werden. Sultan Mohammed plant einschneidende Reformen im Hofstaat und im Sultanshause. Das Eunuchenwesen kann bereits als vollständig abgeschafft gelten. Wie verlautet, sollen Gold- und Silbermünzen mit dem Bildnis des Sultans geprägt werden, was bisher niemals geschehen durfte. Die Tradition wurde schon gebrochen durch den Verkauf von Porträts des neuen Kalifen.

Allgemeine Wehrpflicht auch für Nichtmoslems.

Eine der ersten Kundgebungen des Sultans Mohammed ist der Wunsch, daß zur Dokumentierung der gleichen Rechte und gleichen Pflichten aller Osmanen die nötigen Schritte für die schnellste Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Rekrutierung der Nichtmoslems für die Osmanenarmee getan werden. Der Sultan wurde hierzu veranlaßt durch die begeisterte Teilnahme der griechischen und israelitischen Freiwilligen an der Eroberung Konstantinopels und der Einsetzung des neuen Herrschers.

Die Thronbesteigung des neuen Sultans

wird äußerlich durch die Umgürtung mit dem Schwerte Osmans fundiert. Die Feierlichkeit, die nach Ablauf von vierzig Tagen erfolgen wird, vollzieht sich in einer schönen Moschee, die am Ende des Goldenen Horns auf dem Südufer sich erhebt. Sie trägt den Namen nach dem Hahnenträger des Propheten Mohammed, Abu Gub den Sejid, der 672 bei der ersten Belagerung von Byzanz durch die Araber hier gefallen und beerdigt sein soll. Während des letzten Angriffs der Osmanen auf die Stadt wurde das Grab angeblich entdeckt, und Mohammed II. ließ die Moschee errichten, deren Vetreten jedem Nichtmoslem aufs strengste unterlag. Nur in Verkleidung ist es einzelnen Christen gelungen, Einlaß zu finden. Die Umgürtung des Sultans mit dem Schwert Osmans ist ein Vorrecht des Scheichs des Ordens der Mewlewî, der sogenannten tausenden Dervische.

Die Greuelthaten in Adana.

Wie aus Merfina gemeldet wird, sind zwei dort gelandete türkische Regimenter vergangenen Sonnabend nach Adana marschiert und haben in der Nacht vom Sonntag zum Montag unter den dortigen Armeniern ein furchtbares Blutbad angerichtet und ihr Eigentum in Brand gesteckt. Tausend Armenier seien bei lebendigem Leibe verbrannt und die Fliehenden von der Soldateska niedergeschossen worden. Es seien in der Provinz Adana, soweit es sich abschätzen lasse, etwa 30 000 Menschen getötet worden. Ungeheuer seien auch materiellen Verluste der Europäer.

Kurze Nachrichten.

Der Sekretär für auswärtige Korrespondenz im Ministerium des Äußern Rusti Bey ist zum ersten Kammerherrn, und der Kommissar der Bforte bei der Tabakregie Hafid Zia Bey zum ersten Sekretär des Sultans ernannt worden. — In der Nationalversammlung wurde ein Antrag eingebracht, demzufolge Personen, die ihr Vermögen unter dem alten Regime erworben haben, nachweisen

müssen, daß sie es auf rechtmäßige Weise erworben haben, widrigenfalls es der Konfiskation verfällt. Ein Antrag geht dahin, alle männlichen und weiblichen Sklaven im Jildis vorgefunden werden, zu befreien und die Sklaven mehr zu verwenden.

Lokales und Provinzielles.

Werkblatt für den 1. Mai.

Sonnenaufgang	4 ⁴³	Monduntergang	7 ²³
Sonnenuntergang	7 ²³	Mondaufgang	4 ⁴³
1218 Rudolf I. von Habsburg geb. — 1672 Dicht-Abdison geb. — 1821 Fortschungsreichender Karl Ritter a. geb. — 1862 Romandichter Marcel Prévost geb. — 1873 reisender David Livingstone gest. — 1904 Komponist Doornal gest.			

Die Walpurgisnacht. Die Nacht vom 30. April zum 1. Mai ist eine der Nächte, an denen es von altersher nicht weniger hergehen soll. Von unseren heidnischen Vätern wurde am 1. Mai das Fest der Frühlingsgöttin Ostara gefeiert. Während die Christen von dem angeblichen Tod der Walpurgisnacht nichts wissen wollten, hatten die guten Grund, den Glauben daran aufrecht zu erhalten, sich dadurch bei ihren heimlichen Opferfeiern sicherer zu fühlen. In Mitteldeutschland galt der Broden allgemein als der Punkt der dämonischen Ereignisse. Nach der Sage sammelten sich dort in der ersten Maienacht, der Walpurgisnacht, alle die, welche dem Satan angehörten. Auf dem Bergabeln, Hunden und Raben eilten die Dämonen zum Broden zu. Um sich zu der Luftfahrt tanzend, riefen sie sich mit Hengsten ein. Von jeder Glocke, zu der sie auf ihrer Fahrt gelangten, mußten sie Stück abtragen. Auf dem Broden verehrten sie den Teufel, der auf der Teufelsinsel präsierte. Auf Hengsten ritten sie, die Dämonen, er dann die Versammlung sie zu neuem Bösen zu ermuntern. Der Teufel trug Präsident eine Krone von kleinen Hörnern und ein Horn, das wie der Mond leuchtete. Seine Augen wie Glühbirnen einen furchtbaren Glanz aus. Wenn er auf seinem Throne niedergelassen hatte, so fielen abwendend vor ihm nieder und küßten ihm die linke Hand den linken Fuß. Dann beichteten sie ihre Fehler, die Kirchen besuch oder zu wenig Böses begangen hätten. Es ging es um Tanz, wobei alle Tänzer das Gesicht zu den Füßen gedreht hatten. Nach einem Festmahle entführte der Teufel mit der Mahnung zu recht vielen Schanden. Noch heute herrscht in manchen Gegenden der Brauch, Walpurgisnacht Strohfeuer und Bösen anzuzünden, die Dämonen zu vertreiben. Manches Landmädchen kommt heute in der Walpurgisnacht in den Spiegel, indem es beiden Händen eine Kerze hält, wo neben ihrem Bild ihres zukünftigen Erscheinens soll. So hat sich der Glaube zur Walpurgisnacht bis auf den heutigen Tag gehalten.

Hadenburg, 30. April. Im Monat Mai finden gende Märkte statt: Am 3. Homburg v. d. Höhe, 4. Kirberg, Nassau, Altkirchen, 5. Weisenthurm, 6. Selters, 10. Hadenburg, 11. Altkirchen, 12. Wessertal, 13. Wessertal, 14. Wessertal, 15. Wessertal, 16. Wessertal, 17. Wessertal, 18. Wessertal, 19. Wessertal, 20. Wessertal, 21. Wessertal, 22. Wessertal, 23. Wessertal, 24. Wessertal, 25. Wessertal, 26. Wessertal, 27. Wessertal, 28. Wessertal, 29. Wessertal, 30. Wessertal.

Jagdausgang. Der Bezirksauschuss zu Hadenburg hat beschlossen, für das laufende Jahr von der Abänderung des 1. bei Rehböden auf den 15. festgesetzten gesetzlichen Schlusses der Schonzeit, bei Birk-, Hasel- und Hasenähnen auf den 1. festgesetzten gesetzlichen Anfanges der Schonzeit abzuweichen.

Py. Lindenbach, 30. April. Heute Morgen gegen 10 Uhr brannte das Wohnhaus des Landwirtes Jakob Schier. Durch Einreißen von Wohnhaus und angrenzenden Oekonomiegebäude konnte dem Feuer bald Einhalt getan werden. Ueber die Entstehung des Brandes ist noch nichts festgestellt. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Vierter Teil.

Erstes Kapitel.

Drei Jahre waren vergangen, seit der kleine Baldau sein letztes Opfer verschlungen hatte — und zur Rache dafür, daß jenes ihm vorher so viele Unheil und Gut war es für den Entschlafenen, der Baldauer diese seine letzte hochherzige Tat in seinem Herzen bewahrt, um anders als mit bitterer Schamung auf ihren grausamen Übergraben einer Zeit zurückblicken zu können. Denn war es nicht, als es tatsächlich dieses Opfers seines Lebens bedurfte, um den sichtbar über ihnen allen hängenden Schleier zu bannen?

Wie sein Kommen nichts als Rot und Glend im Dorf im Gefolge gehabt, so war mit seinem Gehen Stand und Gedeihen zurückgekehrt. Die Saaten und blühten wieder in ungeörter üppiger Frucht, schweren Garben kamen sicher und reichlich in die Scheunen, Menschen und Vieh hatten Nahrung vollauf, waren sie auch alle und dankbar und froh im Rückblick die überstandene Not. Fremdling sah es in den Dörfern, am freundlichsten im Schulhaus, um dessen Mauern die Kletterrosen sich rankte und unzählige Kinder trieb, während auf dem Marktplatz davor eine Kinderkneipe sich tummelte und im Innern die Hausfrau schaltete. Frau Eva's Älteste ging schon Vater in die Schule.

Auch im Pfarrhaus war neues junges Leben. Schwiegerohn des alten Pastors war von seinem Posten heimgekehrt, und da der letztere sich wegen Krankheit zur Ruhe gesetzt, so hatte der junge Geistliche Baldau die Stelle der freigewordene Stelle eingenommen. Baldau, die schwärmerische Pastorkinderin war eine energische Pastorfrau geworden, und seine Pflichten hatten außer in seinen Amtsstunden nicht viel zu sagen. Er stand er sich wohl dabei, und auch die Überheblichkeit Baldau, die erst nicht recht nach seinem ehrgeizigen Geweisen, hatte er nicht zu bereuen. Die Stelle war trübselig, und seine Pfarrkinder waren brav und fromm.

Nur die vierde der damaligen Jugendfreundschaft ihre Freiheit noch bewahrt. Die lange Warte, die den Seiten der Wälder der Baronin treulich gestanden in ihrem Liebeswerk, hatte an der Baronin edlen Lebermeisterin Gefallen an solchen Taten

